

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(29. - öffentliche - Sitzung am 18. Juni 2014)

#### Beratungsthemen:

1. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**  
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter, COM(2014) 212 final  
- **Bundesratsdrucksache 165/14** -

*Der Ausschuss ließ sich von Vertretern des Justizministeriums über den Richtlinienvorschlag unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung votierte er einmütig dafür, dem Landtag zu empfehlen, zu dem Richtlinienvorschlag Stellung zu nehmen und dabei die in der Sitzung erörterten Kritikpunkte aufzugreifen.*

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**  
Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - [Drs. 17/22](#)

*Der - federführende - Ausschuss bat den Ausschuss für Haushalt und Finanzen, seine Mitberatung abzuschließen.*

3. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrags über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1466](#)

*Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Zum Berichterstatter bestimmte er den Abg. Prange.*

4. **Strafen für Kinderpornographie verschärfen - Strafbarkeitslücken unverzüglich schließen!**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1216](#)

*Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über den Stand der Rechtsetzung auf Bundesebene zu unterrichten. Dann soll auch der Kreis der Anzuhörenden für eine mündliche Anhörung festgelegt werden, die am 1. Oktober stattfinden soll und zu der auch die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration eingeladen werden sollen.*